

INHALT

- | | |
|---|---|
| 32. Filmaufführung an Schulen –
Vergütung nach § 56c Urheberrechtsgesetz | 35. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
Jänner bis September 2011 |
| 33. Jugendkompetenz in der Gemeinde-
politik – Herbst 2011 | |
| 34. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
September 2011 | <i>Verbraucherpreisindex für Juli 2011
(vorläufiges Ergebnis)</i> |

32.

Filmaufführung an Schulen – Vergütung nach § 56c Urheberrechtsgesetz

Ein langwieriger Rechtsstreit hat nun ein Ende gefunden. Schulerhalter müssen ab jetzt Vergütungen an die Verwertungsgesellschaften zahlen, und zwar für den Einsatz von Filmen im Unterricht.

Schulen verwenden im Unterricht Werke der Filmkunst, zum Beispiel aufgenommene Fernsehsendungen oder Filme aus dem Internet. Gemäß § 56c Abs. 1 des Urheberrechtsgesetzes (UrhG) dürfen Schulen für Zwecke des Unterrichts in dem dadurch gerechtfertigten Umfang solche Werke der Filmkunst und die damit verbundenen Werke der Tonkunst öffentlich aufführen. Für die öffentliche Aufführung nach Abs. 1 steht dem Urheber ein Anspruch auf angemessene Vergütung zu (§ 56c Abs. 2 UrhG). Dies gilt nicht für die Werke, die über das TBI-Medienzentrum bezogen werden.

Bisher wurden diese Ansprüche allerdings von den Schulerhaltern nicht – wie gesetzlich vorgesehen – vergütet. Nach einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs (er hat dem Grunde nach entschieden, dass die Schulerhalter die Vergütungspflicht trifft) müssen Zahlungen von allen Schulerhaltern nach § 56c UrhG geleistet werden.

Lange Verhandlungen

Da der Oberste Gerichtshof aber keine Aussagen über die zu leistende Höhe der Vergütung getroffen hat, traten die Verwertungsgesellschaften (VWG), die für die Einhebung dieser Vergütungen zuständig sind, an

den Österreichischen Gemeindebund, den Österreichischen Städtebund sowie an die Länder mit dem Ersuchen heran, eine einvernehmliche Lösung über die Höhe der von den Schulerhaltern zu leistenden Beträge anzustreben. Nach mehreren Verhandlungsrunden wurde ein Kompromissvorschlag ausgehandelt. Dieser sieht eine Vergütung von € 0,60 (netto) pro SchülerIn und Schuljahr vor.

Dies liegt unter jenem Betrag, den der Bund als Schulerhalter derzeit für seine SchülerInnen an die VWG zahlt (€ 0,63 netto). Im Hinblick darauf und unter Zugrundelegung der ursprünglichen Forderung der VWG von € 1,26 (netto) ist dieser Vergütungsbetrag, der für die Städte und Gemeinden ausverhandelt wurde, als positiv anzusehen. Der pauschale Vergütungsbetrag in Höhe von € 0,60 deckt sämtliche Urheberrechte an Filmwerken, Filmmusik sowie vorbestehenden Werken ab, die für Zwecke des Unterrichts wiedergegeben werden. Der Betrag ist nach dem von der Statistik Austria verlautbarten Index der Verbraucherpreise 1996 wertgesichert.

Nachzahlungen notwendig

Beim Pauschalbetrag handelt es sich um einen wesentlich ermäßigten Preis. Die Verwertungsgesellschaften gewähren die Ermäßigung insbesondere aufgrund des Umstands, dass das Land Tirol das Inkasso der Vergütungsbeträge für die zahlungspflichtigen Gemeinden, Gemeindeverbände und Städte übernimmt. Be-

rücksichtigt wurde auch der Umstand, dass in den Schulen neben den Bildtonträgern, für die diese Pauschale gezahlt wird, vor allem Bildungsmedien des Medienzentrums, für die das Land beim Ankauf alle Rechte abgegolten hat, zum Einsatz kommen.

Anzumerken ist, dass der Bund für seine Schulen bereits im Jahr 2003 eine freiwillige Nachzahlung für die Jahre 1996 bis 2002 geleistet hat. Für die Gemeinden konnte eine Nachzahlung ab dem Schuljahr 2006/2007 vereinbart werden.

Für die Berechnung der Nachzahlung wird die SchülerInnenzahl des Stichtages 1. Oktober 2009 herangezogen, was in Anbetracht des deutlichen Rückgangs der SchülerInnenzahlen in den letzten Jahren von Vorteil ist. Für die Folgejahre werden zur Berechnung der Höhe der Vergütung jeweils die SchülerInnenzahlen zum Stichtag 1. Oktober herangezogen. Auch dies ist mit Bedacht auf die abnehmenden SchülerInnenzahlen in den nächsten Jahren durchaus von Vorteil.

Der nächste Schritt: Einverständniserklärung

Laut Vertrag holt das Land Tirol von den Gemeinden eine Einverständniserklärung ein, mit der das Land Tirol ermächtigt wird, jedes Jahr die SchülerInnenzahlen des Schulerhalters an die VWG zu melden und die an die VWG zu entrichtenden Gebühren von den Ertragsanteilen einzubehalten. Im Fall der Abgabe der Einverständniserklärung wird dann im Februar 2012 die Vergütung für das aktuelle Schuljahr sowie die Nachzahlung für die vergangenen Schuljahre einbehalten.

Für den Fall, dass einzelne zahlungspflichtige Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände die Einverständniserklärung nicht abgeben oder eine Zahlung der Ver-

gütung gemäß § 56c UrhG an das Land Tirol als Inkassostelle ablehnen oder nicht rechtzeitig Zahlung leisten, ist das Land verpflichtet, den VWG hierüber ohne Aufschub zu berichten und alle Informationen zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind, um die Zahlungsansprüche gegen solche Städte und Gemeinden außergerichtlich und gegebenenfalls gerichtlich durchzusetzen.

Im Budget vorzusehen

Es wird darauf hingewiesen, dass die Vergütung jährlich pro SchülerIn (der aktuell indexangepasste Betrag: € 0,61 netto) zu entrichten ist. Die Gemeinden haben diesen Betrag im jährlichen Budget (erstmalig für 2012 – Nachzahlung bitte beachten) einzuplanen.

Anmerkung: Die Vergütung nach § 56c UrhG steht in keinem Zusammenhang mit den Medienrechnungen und Medienpauschalen, die das Medienzentrum für den Einsatz seiner Medien (Medienverleih und LeOn) den Schulen in Rechnung stellt.

Folgen für den Unterricht

Künftig können beispielsweise selbst aufgenommene Fernsehsendungen oder Filmausschnitte auf Youtube ohne rechtliche Bedenken im Unterricht gezeigt werden. Dies gilt aber nicht für Filme, die unter Verletzung von Vervielfältigungs- oder Verbreitungsrechten (z. B. Raubkopie) in den Verkehr gebracht worden sind. Das betrifft auch illegale Kopien im Internet. Ausgenommen sind auch Veranstaltungen, die in keinem Zusammenhang mit dem schulischen Unterricht stehen, auch wenn die Schule als Veranstalter auftritt, z. B. Schulbälle, Schulfeste und Veranstaltungen, die von Elternvereinen etc. ausgerichtet werden.

Michael Kern
Bildungsinstitut Medienzentrum

33.

Jugend-Kompetenz in der Gemeindepolitik – Herbst 2011

Nach dem erfolgreichen Start der Tagesseminare und Stammtische im Zuge des Interreg-IV-Projektes „Jugend-Kompetenz in der Gemeindepolitik“ im Frühjahr 2011 gibt es im Herbst dieses Jahres eine Fortsetzung, um die Vernetzung unter den GemeindepolitikerInnen weiter zu fördern und die Kompetenzen zu stärken.

FOLGENDE VERANSTALTUNGEN ERWARTEN SIE IM HERBST 2011:

Tagesseminar: „Jugendlicher Raum in der Gemeinde“

Martina Steiner, Geschäftsführerin der Mobilien Jugendarbeit Innsbruck-Land-Ost, sowie Beraterin für Gemeinden im Bereich Jugendarbeit und Konzeptentwicklung und Pius Eccher, Sozialarbeiter und seit 2010 Teil des Teams Mobile Jugendarbeit Innsbruck-Land-Ost führen ein in die gemeinwesen-orientierte Jugendarbeit und ihre Anwendbarkeit für die Gemeindegarbeit.

Zeit: Samstag, 8. Oktober 2011, 10.00 bis 17.00 Uhr

Ort: Verein für Mobile Jugendarbeit Innsbruck-Land-Ost, Saline 17, 6060 Hall in Tirol

Infos und Anmeldungen: Andreas Kriwak, Tel. +43 (0) 699 17 26 6190, E-Mail: andreas.kriwak@uibk.ac.at

Tagesseminar: „Wie von einem anderen Stern!? – Innenansichten jugendlicher Lebenswelten“

Markus Göbl, pädagogischer Leiter des n.e.t.z. (Netzwerk der Jugendtreffs und -zentren Südtirols) mit langjähriger Berufserfahrung in der Jugendarbeit, Prävention und Erlebnispädagogik und Erich Meraner, Schauspieler, Regisseur und Pädagoge gehen der Frage nach: Wie kann man die Jugendlichen verstehen? Dabei lassen sie die TeilnehmerInnen die jugendlichen Lebenswelten förmlich von innen erleben...

Zeit: Samstag, 29. Oktober 2011, 10.00 bis 17.00 Uhr

Ort: Brixen, Jugendhaus Kassianum, Brunogasse 2, I-39042 Brixen

Infos und Anmeldungen: Dagmar Trafoier, Tel. +39 331 840 26 47, E-Mail: dagmar@jukas.net

Tagesseminar: „Lost in Space - Anders aber wie?“

Markus Blösl, Architekt von Peanutz Architekten in Berlin war für „Jugend baut Zukunft“, ein Projekt der Stiftung Bauhaus Dessau, tätig. Er war Lehrbeauftragter am Institut für Städtebau an der TU Innsbruck und gründete „Fleisch is mei Gmias“, ein Kollektiv für Architekturvermittlung in Tirol.

Durch Bauen eigener Ideen im 1:1 Maßstab lernen Jugendliche ihr Dorf zu gestalten und zu verändern. Sie setzen Impulse für die Dorfentwicklung. Beispiele zeigen, welche Wege in der eigenen Gemeinde gegangen werden können.

Zeit: Samstag, 19. November 2011, 10.00 bis 17.00 Uhr

Ort: Innsbruck (der genaue Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben)

Infos und Anmeldungen: Andreas Kriwak, Tel. +43 (0) 699 17 26 6190, E-Mail: andreas.kriwak@tirol.gv.at

Stammtisch zum Thema

„Jede Menge auf Lager – Jugendlichen arbeitswirksame Erfahrungen in der Gemeinde ermöglichen“

Im Laufe des Stammtisches werden spannende Jugendbeschäftigungsprojekte verschiedener Gemeinden vorgestellt und diskutiert; *ReferentInnen* werden noch bekannt gegeben.

Zeit: Mittwoch, 16. November 2011, 19.30 bis 21.30 Uhr

Ort: Toblach (der genaue Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben)

Infos und Anmeldungen: Dagmar Trafoier, Tel. +39 331 840 26 47, E-Mail: dagmar@jukas.net

Stammtisch zum Thema „Integration“

Im Laufe des Stammtisches werden die Situationen jugendlicher MigrantInnen in Tirol und Südtirol vorgestellt und diskutiert.

Zeit: Dienstag, 22. November 2011, 19.30 bis 21.30 Uhr

Ort: Matrei am Brenner (der genaue Ort wird noch bekannt gegeben)

ReferentInnen: Karin Giroto, Oscar Thomas-Olalde, Hannes Gstir

Infos und Anmeldungen: Andreas Kriwak, Tel. +43 (0) 699 17 26 6190, E-Mail: andreas.kriwak@tirol.gv.at

34.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden September 2011

Ertragsanteile an	September		Differenz	Änderung
	2010	2011		
EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN	in Euro	in Euro	in Euro	in %
Veranlagter Einkommensteuer	-1.219.154	-1.091.575	127.579	10,46
Lohnsteuer	16.293.773	18.097.403	1.803.630	11,07
Kapitalertragsteuer I	2.032.430	871.963	-1.160.467	-57,10
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	280.409	443.196	162.787	58,05
Körperschaftsteuer	-868.659	-662.163	206.496	23,77
Erbschafts- und Schenkungssteuer	38.648	2.987	-35.661	-92,27
Stiftungseingangssteuer	1.487	31.838	30.351	2040,93
Bodenwertabgabe	-1.008	938	1.946	193,09
Stabilitätsabgabe	0	225.471	225.471	0,00
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	16.557.927	17.920.058	1.362.131	8,23
SONSTIGEN STEUERN				
Umsatzsteuer* + x)	16.354.473	17.387.077	1.032.604	6,31
Abgabe von alkoholischen Getränken	37	29	-8	-21,05
Tabaksteuer	2.229.134	2.760.871	531.737	23,85
Biersteuer	183.625	187.001	3.376	1,84
Mineralölsteuer	3.220.352	3.628.060	407.708	12,66
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	96.441	89.035	-7.406	-7,68
Weinsteuer	0	0	0	0,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	532	1.034	502	94,42
Kapitalverkehrsteuern	35.878	28.352	-7.526	-20,98
Werbeabgabe	330.491	367.266	36.775	11,13
Energieabgabe	513.526	528.788	15.262	2,97
Normverbrauchsabgabe	346.349	441.681	95.332	27,52
Flugabgabe	0	109.842	109.842	100,00
Grunderwerbsteuer	7.192.103	6.869.423	-322.680	-4,49
Versicherungssteuer	723.513	746.798	23.285	3,22
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.253.485	1.356.843	103.358	8,25
KFZ-Steuer	643	2.059	1.416	220,11
Konzessionsabgabe	122.310	196.730	74.420	60,85
Summe sonstige Steuern	32.602.892	34.700.889	2.097.997	6,44
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u. Vermögenst. und sonstigen Steuern	49.160.819	52.620.947	3.460.128	7,04
Kunstförderungsbeitrag	38.798	40.243	1.445	3,72
GESAMT	49.199.617	52.661.190	3.461.573	7,04

*davon Getränkesteuerausgleich	4.464.031	4.650.251	186.220	4,17
--------------------------------	-----------	-----------	---------	------

x) davon Ausgleich Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00
---------------------------------------	---------	---------	---	------

35.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis September 2011

Ertragsanteile an	Jänner-September		Differenz	Änderung
	2010	2011		
EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN	in Euro	in Euro	in Euro	in %
Veranlagter Einkommensteuer	12.856.611	13.693.346	836.734	6,51
Lohnsteuer	137.825.535	150.074.855	12.249.320	8,89
Kapitalertragsteuer I	9.795.868	10.416.716	620.848	6,34
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	4.362.979	4.302.663	-60.316	-1,38
Körperschaftsteuer	21.320.681	27.509.420	6.188.739	29,03
Erbschafts- und Schenkungssteuer	416.079	283.958	-132.121	-31,75
Stiftungseingangssteuer	57.910	109.736	51.826	89,49
Bodenwertabgabe	474.544	487.276	12.732	2,68
Stabilitätsabgabe	0	2.751.934	2.751.934	100,00
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	187.110.207	209.629.903	22.519.696	12,04
SONSTIGEN STEUERN				
Umsatzsteuer* + x)	153.758.089	163.608.537	9.850.449	6,41
Abgabe von alkoholischen Getränken	984	761	-223	-22,70
Tabaksteuer	10.256.909	10.824.352	567.443	5,53
Biersteuer	1.332.832	1.340.213	7.381	0,55
Mineralölsteuer	26.897.971	29.949.611	3.051.641	11,35
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	939.672	960.860	21.189	2,25
Weinsteuer	0	0	0	0,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	8.673	9.203	531	6,12
Kapitalverkehrsteuern	911.655	506.043	-405.612	-44,49
Werbeabgabe	3.009.993	3.154.129	144.136	4,79
Energieabgabe	5.361.645	5.808.975	447.329	8,34
Normverbrauchsabgabe	3.120.970	3.422.362	301.392	9,66
Flugabgabe	0	138.707	138.707	100,00
Grunderwerbsteuer	56.960.322	58.704.671	1.744.349	3,06
Versicherungssteuer	7.428.580	7.511.076	82.496	1,11
Motorbezogene Versicherungssteuer	10.097.606	11.023.518	925.912	9,17
KFZ-Steuer	383.334	372.016	-11.317	-2,95
Konzessionsabgabe	1.606.233	1.733.250	127.017	7,91
Summe sonstige Steuern	282.075.467	299.068.286	16.992.819	6,02
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen-				
u. Vermögenst. und sonstigen Steuern	469.185.674	508.698.189	39.512.515	8,42
Kunstförderungsbeitrag	115.990	120.438	4.448	3,83
Summe ohne Zwischenabrechnung	469.301.664	508.818.627	39.516.962	8,42
Zwischenabrechnung**	-10.247.283	2.642.628	12.889.911	125,79
G E S A M T	459.054.381	511.461.255	52.406.873	11,42

*davon Getränkesteuerausgleich	41.987.159	43.765.790	1.778.631	4,24
**davon Getränkesteuerausgleich	-347.379	264.075	611.454	176,02
Summe	41.639.780	44.029.865	2.390.085	5,74
x) davon Ausgleich Selbstträgerschaft	2.257.515	2.257.515	0	0,00

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR JULI 2011 (vorläufiges Ergebnis)		
	Juni 2011 (endgültig)	Juli 2011 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	103,5	103,3
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	113,3	113,1
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	125,3	125,1
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	131,9	131,6
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	172,4	172,1
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	268,1	267,5
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	470,4	469,5
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	599,4	598,2
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	601,3	600,2
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Durchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat Juli 2011 beträgt 103,3 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Juni 2011 um 0,2% rückläufig (Juni 2011 gegenüber Mai 2011: 0,0%). Gegenüber Juli 2010 ergibt sich eine Steigerung um 3,5% (Juni 2011/2010: 3,3%).</p>		

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,
 Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
 6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck